

## **Ambulanzgebühr ist sozial unverantwortlich und verschlechtert massiv die medizinische Versorgung in Österreich**

Linz (AKO) "Die geplante Ambulanzgebühr ist sozial unverantwortlich, aufgrund des enormen Verwaltungsaufwandes ökonomisch unsinnig und bedroht überdies die Existenz der Ambulatorien der Gebietskrankenkasse (GKK)", erklärt AK-Vizepräsident Dr. Hans Kalliauer. Kalliauer fordert die Nationalratsabgeordneten aller Parteien auf, die Einführung dieser Gebühr nicht zu beschließen.

Noch in dieser Woche wollen die Regierungsparteien mit ihrer parlamentarischen Mehrheit eine Gebühr von 250 Schilling für ambulante Behandlung in Krankenanstalten oder in den Zahn- und Fachlaboratorien der Sozialversicherungsträger beschließen. Bei einer Überweisung durch einen niedergelassenen Arzt soll die Gebühr 150 Schilling betragen.

Selbst wenn bei mehrmaliger Inanspruchnahme einer Ambulanz die Gebührensumme mit 1000 Schilling pro Jahr gedeckelt wird, bedeutet das eine erhebliche Mehrbelastung, die vor allem Kranke, Ältere und Menschen mit niedrigen Einkommen trifft.

Völlig inakzeptabel ist für Kalliauer auch, dass selbst Behandlungen in den Ambulatorien der GKK mit der Ambulanzgebühr belastet werden. Damit verschafft die Regierung den niedergelassenen Ärzten einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Für Leistungen, die bei ihnen weiterhin gebührenfrei sind, müssten die GKK-Ambulatorien in Zukunft je Patient bis zu 1000 Schilling jährlich (bei vier Behandlungsterminen) einheben.

"Tausende Stammkunden der GKK-Ambulatorien, die dort die Ärzte ihres Vertrauens gefunden haben, sollen durch den Kostendruck in die Privat-Praxen getrieben werden. Das gefährdet nicht nur hunderte Arbeitsplätze in den Ambulatorien selbst, sondern stellt die Existenz der Kassenambulatorien insgesamt in Frage. Die Regierung besorgt damit das Geschäft der Ärztekammer, die sich der lästigen Konkurrenz durch die Ambulatorien entledigen will", stellt Kalliauer klar.

Kalliauer erinnert daran, dass der Gesetzgeber erst im Vorjahr den Zahnambulatorien der Gebietskrankenkasse ermöglicht hat, festsitzenden Zahnersatz anzubieten. Diese gesunde Konkurrenz hat

dazu geführt, dass die Zahnärzte ihre überhöhten Preise reduzieren mussten. Nun wird versucht, das Ärztemonopol durch die Ambulanzgebühr - quasi "durch die Hintertür" - wiederherzustellen.

Da sowohl die Qualität als auch Infrastruktur in den GKK-Ambulatorien überdurchschnittlich gut sind, würde ihre Zerschlagung auch eine erhebliche Verschlechterung der gesamten medizinischen Versorgung in Österreich zur Folge haben.

Rückfragehinweis: Arbeiterkammer Oberösterreich

Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: (0732) 6906-2182  
presse@ak-ooe.at  
www.ak-ooe.at

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0081 2000-07-05/10:34

051034 Jul 00

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20000705\\_OTS0081](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000705_OTS0081)